

A 7.1.**Brandschutzsatzung für die Kreisstadt Saarlouis
vom 24.05.2018**

Aufgrund des § 10 Satz 1 des Gesetzes über den Brandschutz, die technische Hilfe und den Katastrophenschutz im Saarland (SBKG) vom 29. November 2006 (Amtsbl. S. 2207), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 17. Juni 2015 (Amtsbl. I S.454) i.V.m. § 12 des Kommunaleselbstverwaltungsgesetzes - KSVG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S.682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juni 2016 (Amtsbl. I S. 840) hat der Stadtrat der Kreisstadt Saarlouis am 24.05.2018 folgende Satzung beschlossen:

Hinweis:

1. Änderung vom 08.11.2018, in Kraft getreten am 15.11.2018

Inhaltsübersicht**Abschnitt 1
Organisation der Feuerwehr**

- § 1 Feuerwehr
- § 2 Gliederung
- § 3 Personalstärke und Ausstattung der Löschbezirke
- § 4 Aufnahme in die Freiwillige Feuerwehr
- § 5 Beendigung des aktiven Dienstes, Beurlaubung
- § 6 Jugendfeuerwehr
- § 7 Vorbereitungsgruppen
- § 8 Altersabteilung
- § 9 Ehrenmitglieder
- § 10 Wehr-, Löschabschnitts- und Löschbezirksführung
- § 11 Gerätewartung
- § 12 Feuerwehrversammlung
- § 13 Schriftführung
- § 14 Feuerwehrkasse

**Abschnitt 2
Rechte und Pflichten**

- § 15 Rechte und Pflichten der Feuerwehrangehörigen

§ 16 Ordnungsmaßnahmen

**Abschnitt 3
Dienstbetrieb der Feuerwehr**

§ 17 Alarm- und Ausrückeordnung

§ 18 Pflichten des Einsatzleiters und der Einsatzleiterin

§ 19 Pflichten nachrückender Kräfte

§ 20 Aufräumarbeiten

§ 21 Brandwachen

§ 22 Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft

**Abschnitt 4
Schlussvorschriften**

§ 23 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Abschnitt 1 Aufbau der Feuerwehr

§ 1 Art der Feuerwehr

Die Feuerwehr der Stadt Saarlouis besteht aus der Freiwilligen Feuerwehr.

§ 2 Aufbau und Gliederung der Freiwilligen Feuerwehr

1. Die Freiwillige Feuerwehr besteht aus:
 - a) den hauptamtlichen Kräften,
 - b) den aktiven Angehörigen,
 - c) der Jugendfeuerwehr mit Vorbereitungsgruppe(n),
 - d) der Altersabteilung.
2. Das Gebiet der Stadt gliedert sich in folgende Löschbezirke:

Löschbezirk 1	Innenstadt
Löschbezirk 2	Ost
Löschbezirk 3	Lisdorf
Löschbezirk 4	West

3. In der Feuerwehr der Kreisstadt Saarlouis bestehen folgende Fachbereiche/-ausschüsse:
 - Zentralwerkstatt/-lager - Ausrüstung/Geräte
 - Vorbeugender Brandschutz
 - Ausbildung
 - Gefahrstoffe/ABC
 - Funk/ELW1
 - Wettbewerbe/Sport
 - Jugendfeuerwehr
 - Öffentlichkeitsarbeit
 - Prävention und Notfallseelsorge

Die löschbezirksübergreifend gebildete ABC-Einheit der Feuerwehr der Kreisstadt Saarlouis ist Teil der ABC-Einheit des Landkreises Saarlouis.

4. Ein Feuerwehrspielmannszug ist im Löschbezirk Ost aufgestellt.

§ 3

Personalstärke und Ausstattung der Löschbezirke mit Fahrzeugen

1. Personalstärke (Mindeststärke):

Löschbezirk Innenstadt:

1 Lösch- u. Hilfeleistungszug (3/9/54/66) 1

Lösch- u. Hilfeleistungsgruppe (3/24/27)

Löschbezirk Ost:

1 Lösch- u. Hilfeleistungszug (3/9/54/66) 1

Lösch- u. Hilfeleistungsgruppe (3/24/27)

Löschbezirk Lisdorf:

1 Lösch- u. Hilfeleistungsgruppe (3/24/27)

1 Gruppe Wasserrettung (3/24/27)

Löschbezirk West:

1 Lösch- u. Hilfeleistungszug (3/9/54/66)

Personalmindeststärke der Freiwilligen Feuerwehr der Kreisstadt Saarlouis:
306

2. Ausstattung mit Fahrzeugen (Mindestausstattung):

Wehrführung:	1 KdoW
Löschbezirk Innenstadt:	1 KdoW, 1 VLF, 1 LF 16/20, 1 HLF 20/20, 1 TLK 23/12, 1 RW, 1 GW-G1, 1 FwA Ölsperre, 1 MTW
	1 ELW TEL mit FwA, 1 LKW, 1 Gabelstapler, 2 FwA Stromerzeuger, 1 FwA Sirene
	1 ABC-Erk, 1 GW-AS
Löschbezirk Ost	1 KdoW, 1 HLF 20/20, 1 TLF 20/40 SL, 1 LF 16-TS, 1 DLK23/12, 1 FwA Schaum/Wasserwerfer, 1 MTW
	1 TroLF2000
Löschbezirk Lisdorf:	1 KdoW, 1 LF 20/30, 1 LF 8, 1 MZB/FwA, 1 RB/FwA, 1 MTW
Löschbezirk West:	1 KdoW, 1 LF 16/16, 1 TLF 4000, 1 GW-S (Logistik2/TH), 1 FwA Verkehrssicherung, 1 FwA Logistik, 1 FwA Schaum/Wasserwerfer, 1 MTW

1 Dekon-P

**§ 4
Aufnahme in die Freiwillige Feuerwehr**

1. In die Feuerwehr sollen als Mitglieder nur Bewerber und Bewerberinnen aufgenommen werden, die ihre Hauptwohnung in der Kreisstadt Saarlouis haben und feuerwehrtauglich sind. Abweichend von Satz 1 können Bewerber und Bewerberinnen, die ihren Wohnsitz außerhalb der Kreisstadt Saarlouis haben, aber regelmäßig für den Einsatz- und Übungsdienst zur Verfügung stehen und nicht bereits Mitglied einer anderen Feuerwehr sind, aufgenommen werden. Die Bewerber und Bewerberinnen müssen für die vorgesehene Einsatzfähigkeit feuerwehrtauglich sein sowie geistig und charakterlich für den Feuerwehrdienst geeignet sein. Die Stadt kann ein erweitertes Führungszeugnis auf eigene Kosten anfordern.
2. Ein aktives Mitglied einer anderen freiwilligen Feuerwehr kann als Einsatzkraft zur Verstärkung aufgenommen werden, wenn es zu bestimmten Tageszeiten für den Einsatzdienst zur Verfügung steht und die Wehrführung dieser Feuerwehr ihr Einvernehmen erteilt. Die Feuerwehrtauglichkeit und die Qualifikationen sind durch die Einsatzkraft nachzuweisen. Eine Einsatzkraft ist nicht Mitglied der Feuerwehr, hat aber die sich im Rahmen des Einsatzdienstes ergebenden Pflichten nach § 15 zu erfüllen. Die Zugehörigkeit als Einsatzkraft ist der Feuerwehr anzuzeigen, in der die Mitgliedschaft besteht.
3. Die Feuerwehrtauglichkeit ist für die vorgesehene Einsatzfähigkeit durch ärztliche Bescheinigung entsprechend den gesetzlichen Vorschriften nachzuweisen. Die Kosten der ärztlichen Untersuchung trägt die Stadt/Stadt. Über die Aufnahmegesuche entscheidet der Oberbürgermeister im Benehmen mit dem Wehrführer. Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme besteht nicht. Wird ein Aufnahmegesuch abgelehnt, ist dies dem Bewerber schriftlich mitzuteilen.
4. Wer das 50. Lebensjahr vollendet hat, soll nicht mehr in die Feuerwehr aufgenommen werden. Wer das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, bedarf zur Aufnahme in die Feuerwehr der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters oder der gesetzlichen Vertreterin.
5. Über die Aufnahme in die Feuerwehr entscheidet der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin im Benehmen mit dem Wehrführer oder der Wehrführerin. Ein Rechtsanspruch auf Aufnahme besteht nicht. Wird ein Aufnahmegesuch abgelehnt, ist dies dem Bewerber oder der Bewerberin schriftlich mitzuteilen.

§ 5

Beendigung des aktiven Dienstes in der Freiwilligen Feuerwehr

1. Mit Vollendung seines oder ihres 65. Lebensjahres scheidet ein Feuerwehrangehöriger oder eine Feuerwehrangehörige aus dem aktiven Dienst aus.
2. Ein Feuerwehrangehöriger oder eine Feuerwehrangehörige scheidet aus dem aktiven Dienst außerdem aus
 - a) durch Austritt,
 - b) bei Wegfall der Feuerwehrdiensttauglichkeit aus gesundheitlichen Gründen,
 - c) wenn er oder sie das 60. Lebensjahr vollendet hat und schriftlich beantragt, den aktiven Dienst zu beenden,
 - d) wenn er oder sie durch Wohnortwechsel oder aus anderen Gründen nicht nur vorübergehend nicht mehr regelmäßig für den Einsatz- und Übungsdienst zur Verfügung steht. Wird er oder sie innerhalb von sechs Jahren innerhalb derselben Feuerwehr wieder aufgenommen oder von der Freiwilligen Feuerwehr einer anderen Stadt übernommen, ist seine oder ihre bisherige Dienstzeit bei der Freiwilligen Feuerwehr anzurechnen; die Dienstgradbezeichnung behält er oder sie bei. Die Personalunterlagen sind der aufnehmenden Stadt auf Antrag des oder der Feuerwehrangehörigen zu überlassen.
 - e) durch Richterspruch, wenn dadurch die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren wurde,
 - f) durch Ausschluss.
3. Ein Feuerwehrangehöriger oder eine Feuerwehrangehörige kann aus der Feuerwehr ausgeschlossen werden, wenn er oder sie
 - a) Wiederholt seine Pflicht zur Teilnahme am Einsatz- und Ausbildungsdienst verletzt hat,
 - b) wegen Begehung einer Straftat nicht mehr würdig erscheint, den Feuerwehrdienst zu verrichten,
 - c) wiederholt fachliche Weisungen der Vorgesetzten nicht befolgt hat oder nicht befolgt,
 - d) die Gemeinschaft innerhalb der Feuerwehr durch sein Verhalten erheblich stört,
 - e) oder das Ansehen der Feuerwehr schuldhaft geschädigt hat.
4. Der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin stellt die Beendigung des Feuerwehrdienstes durch schriftlichen Bescheid fest und zieht die dem oder der Feuerwehrangehörigen überlassene Feuerwehrdienstkleidung, persönliche Schutzkleidung sowie Meldeempfänger und ggf. den Feuerwehr-Dienstausweis ein. Für fehlende

Ausstattungsgegenstände kann die Stadt Kostenersatz verlangen.

5. Im Falle des Ausscheidens sind innerhalb eines Monats Feuerwehrdienstkleidung, Ausrüstungsgegenstände und alle sonstigen zu Dienstzwecken zur Verfügung gestellten Gegenstände abzugeben. Bei Ausschluss reduziert sich die Pflicht auf eine Woche. Bei der Übernahme in die Altersabteilung wird dem oder der Feuerwehrangehörigen die Dienstkleidung belassen und ihm oder ihr das Recht verliehen, die Dienstkleidung bei offiziellen Anlässen der Feuerwehr zu tragen.
6. Ein Feuerwehrangehöriger oder eine Feuerwehrangehörige kann auf Antrag aus wichtigem Grund mit Weiterlauf der Dienstzeit beurlaubt werden. Über den Zeitraum der Beurlaubung entscheidet die Stadt.

§ 6 Jugendfeuerwehr

1. Die Jugendfeuerwehr eines Löschbezirks soll Staffelstärke betragen. Wird diese Stärke nicht erreicht, sollen die Jugendfeuerwehrangehörigen mehrerer Löschbezirke in einem Löschbezirk zusammengeführt werden.
2. Der Wehrführer oder die Wehrführerin kann auf Wehrebene sowie auf und Löschbezirksebene auf Vorschlag des Löschbezirksführers oder bzw. Löschbezirksführerin mit Zustimmung des Oberbürgermeisters oder der Oberbürgermeisterin jeweils einen Beauftragten oder eine Beauftragte für die Jugendfeuerwehr und einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin bis zum Widerruf bestellen. Der Lehrgang Jugendfeuerwehrbeauftragter soll innerhalb von zwei Jahren nachgewiesen werden.
3. Für die feuerwehrtechnische Ausbildung und die jugendpflegerische Tätigkeit erarbeiten der oder die Beauftragte für die Jugendfeuerwehr und der Jugendgruppensprecher oder die Jugendgruppensprecherin im Benehmen mit dem Löschbezirksführer oder der Löschbezirksführerin jährlich einen Ausbildungsplan, der vom Wehrführer oder von der Wehrführerin zu genehmigen ist.
4. Die feuerwehrtechnische Ausbildung der Angehörigen der Jugendfeuerwehr erfolgt unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit nach Maßgabe der Ausbildungs- und Dienstvorschriften für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren. Sie obliegt im Löschbezirk dem Löschbezirksführer oder der Löschbezirksführerin, auf Wehrebene dem Wehrführer oder der Wehrführerin bzw. dem oder der jeweiligen Beauftragten für die Jugendfeuerwehr und erstreckt sich auf die theoretische Schulung für den Brandschutz und die Technische Hilfe sowie auf die praktische Ausbildung an den Geräten der Feuerwehr.

5. Der Jugendgruppensprecher oder die Jugendgruppensprecherin auf Löschbezirks-, und Wehrebene hat mindestens einmal jährlich im Benehmen mit dem oder der Beauftragten für die Jugendfeuerwehr und im Einvernehmen mit dem Löschbezirks-, bzw. Wehrführer oder der Löschbezirks-, bzw. Wehrführerin eine Versammlung der Jugendfeuerwehrangehörigen einzuberufen. Im Übrigen gelten die §§ 12 bis 14 entsprechend.
6. Ein Jugendfeuerwehrangehöriger oder eine Jugendfeuerwehrangehörige scheidet aus der Jugendfeuerwehr aus, durch
 - a) Übertritt in die aktive Wehr,
 - b) Austritt,
 - c) Erreichen der Altersgrenze nach § 3 Absatz 2 Satz 1 der Verordnung über die Organisation des Brandschutzes und der Technischen Hilfe im Saarland, wenn nicht die Voraussetzungen des § 3 Absatz 2 Satz 2 dieser Verordnung vorliegen,
 - d) Ausschluss wegen wiederholtem Fernbleiben vom Übungsdienst sowie
 - e) Ausschluss wegen schwerwiegender Verstöße. Über den Ausschluss haben nach Beratung der oder die Beauftragte für die Jugendfeuerwehr gemeinsam mit dem Wehrführer oder der Wehrführerin zu entscheiden.
7. § 5 Absatz 4 und 5 gelten entsprechend.

§ 7 Vorbereitungsgruppe

1. Der Wehrführer oder die Wehrführerin beruft auf Wehrebene sowie auf Löschbezirksebene auf Vorschlag des Löschbezirksführers oder der Löschbezirksführerin einen Leiter oder eine Leiterin der Vorbereitungsgruppe sowie einen Stellvertreter oder Stellvertreterin bis zum Widerruf. Der Beauftragte oder die Beauftragte für die Jugendfeuerwehr und sein bzw. ihr Stellvertreter oder seine bzw. ihre Stellvertreterin soll nicht zugleich Leiter oder Leiterin der Vorbereitungsgruppe sein.
2. Der Leiter oder die Leiterin muss volljährig sein, über pädagogische Grundkenntnisse verfügen und soll die fachlichen, feuerwehrtechnischen Fähigkeiten besitzen. Weitere Betreuer können vom Leiter oder der Leiterin der Vorbereitungsgruppe, in Abstimmung mit der Wehr- bzw. Löschbezirksführung bestimmt werden. Betreuer müssen nicht Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr sein. Der Leiter oder die Leiterin sowie seine Stellvertretung müssen die Ausbildung als Jugendleiter innerhalb von zwei Jahren nachweisen. Der Leiter oder die Leiterin ist verpflichtet, die Jugendleitercard zu erwerben.

3. Die Aufnahme in die Vorbereitungsgruppe ist schriftlich beim Leiter oder der Leiterin zu beantragen.
4. Ein Mitglied der Vorbereitungsgruppe scheidet aus durch,
 - a) Übertritt in die Jugendfeuerwehr,
 - b) schriftlichen Austritt durch die Erziehungsberechtigten,
 - c) Erreichen der Altersgrenze nach § 11 Absatz 4 Satz 6 des Gesetzes über den Brandschutz, die Technische Hilfe und den Katastrophenschutz im Saarland,
 - d) Ausschluss wegen schwerwiegender Verstöße. Über den Ausschluss haben nach Beratung der Leiter oder die Leiterin gemeinsam mit dem Wehrführer oder der Wehrführerin zu entscheiden.

§ 8 Altersabteilung

1. In die Altersabteilung wird ein Feuerwehrangehöriger oder eine Feuerwehrangehörige überführt, wenn er oder sie
 - a) wegen Erreichens der Altersgrenze nach § 5 Absatz 1 aus dem aktiven Feuerwehrdienst ausscheiden muss,
 - b) nach Vollendung des 60. Lebensjahres auf Antrag aus dem aktiven Feuerwehrdienst ausscheidet,
 - c) wegen Dienstunfähigkeit aus dem aktiven Feuerwehrdienst ausscheiden muss.
2. Die Übernahme in die Altersabteilung ist dem oder der Feuerwehrangehörigen schriftlich mitzuteilen.
3. Angehörige der Altersabteilung können auf eigenen Antrag freiwillig und ehrenamtlich Aufgaben der Feuerwehr außerhalb des Übungs- und Einsatzdienstes übernehmen, soweit sie hierfür die entsprechenden Kenntnisse besitzen und körperlich geeignet sind. Hierzu zählen insbesondere Aufgaben der Brandschutzerziehung, Aus- und Fortbildung, Betreuung von Vorbereitungsgruppen und Jugendfeuerwehren sowie Organisation. An Aufgaben der Gerätewartung gemäß § 11 können Angehörige der Altersabteilung auf eigenen Antrag mitwirken. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben erfolgt durch Übertragung durch den Wehrführer oder die Wehrführerin.
4. Der Wehrführer oder die Wehrführerin kann auf Wehrebene sowie auf Löschbezirksebene auf Vorschlag des Löschbezirksführers oder der Löschbezirksführerin mit Zustimmung des Oberbürgermeisters oder der Oberbürgermeisterin jeweils einen Beauftragten oder eine Beauftragte für

die Altersabteilung bestellen.

§ 9 Ehrenmitglieder

1. Der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin kann auf Vorschlag der Feuerwehrversammlung Personen außerhalb der Feuerwehr, die sich um das Brandschutzwesen besondere Verdienste erworben haben, zu Ehrenmitgliedern ernennen.
2. Der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin kann auf Vorschlag der Hauptversammlung der Feuerwehr bewährte Wehrführer und Wehrführerinnen, sowie Löschbezirksführer und Löschbezirksführerinnen nach Beendigung ihrer aktiven Dienstzeit zu Ehrenwehrführern oder Ehrenwehrführerinnen, sowie zu Ehrenlöschbezirksführern und Ehrenlöschbezirksführerinnen ernennen.

§ 10 Wehrführer, Löschbezirksführer

1. Es werden gewählt:
 - a) der/die Wehrführer/in und bis zu zwei Stellvertreter/innen in einer vom Oberbürgermeister einzuberufenden Hauptversammlung der Feuerwehrangehörigen der Stadt,
 - b) der/die Löschbezirksführer/in und bis zu zwei Stellvertreter/innen in einer vom Oberbürgermeister einzuberufenden Hauptversammlung der Feuerwehrangehörigen des Löschbezirks.

Die Einberufung erfolgt schriftlich oder im amtlichen Mitteilungsblatt der Stadt. Stimmberechtigt sind nur aktive Feuerwehrmitglieder, die der Feuerwehr zusammenhängend mindestens drei Monate angehören. Die Zeit in der Jugendfeuerwehr wird dabei angerechnet.

2. Zum Wehrführer und Löschbezirksführer sowie zu deren Stellvertretern können nur aktive Feuerwehrangehörige gewählt werden, die die jeweiligen Voraussetzungen für die Bestellung nach § 11 Absatz 1 der Verordnung über die Organisation des Brandschutzes und der Technischen Hilfe im Saarland zum Zeitpunkt der Wahl erfüllen. Gewählt wird durch geheime Abstimmung. Wahlleiter ist der Oberbürgermeister. Im Übrigen gilt § 46 des Kommunalselfverwaltungsgesetzes entsprechend. Zeitpunkt und Tagesordnung der Hauptversammlung sind den Feuerwehrangehörigen spätestens zehn Tage vor der Versammlung bekanntzugeben.
3. Der Wehrführer und der Löschbezirksführer haben ihr Amt nach Ablauf ihrer Amtszeit bis zur Bestellung der Nachfolger weiterzuführen. Ist dies nicht

möglich, führt die Feuerwehr bis zur Bestellung des Nachfolgers der jeweilige Stellvertreter. Ist dies ebenfalls nicht möglich, führt die Feuerwehr bis zur Bestellung des Nachfolgers der ranghöchste aktive Feuerwehrangehörige.

4. Dem Wehrführer und dem Löschbezirksführer obliegen die ihnen durch das Gesetz über den Brandschutz, die Technische Hilfe und den Katastrophenschutz im Saarland übertragenen Aufgaben. Sie haben insbesondere
 - a) die erforderlichen Übungen festzusetzen und dem Oberbürgermeister rechtzeitig anzuzeigen,
 - b) auf die Teilnahme an Schulungslehrgängen hinzuwirken,
 - c) im Löschbezirk die Tätigkeit des Kassenführers sowie des Geräte- und Atemschutzgerätewartes, des oder der Beauftragten für die Jugendfeuerwehr, des Leiters oder der Leiterin der Vorbereitungsgruppe und der weiteren Beauftragten für bestimmte Fachbereiche zu überwachen,
 - d) die erforderlichen Aufzeichnungen und Berichte über die Feuerwehrtätigkeit zu veranlassen,
 - e) an Dienstbesprechungen teilzunehmen und dem Oberbürgermeister hierüber zu berichten,
 - f) die Brandschutzeinrichtungen zu beaufsichtigen und festgestellte Mängel abstellen zu lassen,
 - g) eine Alarm- und Ausrückeordnung aufzustellen,
 - h) in Zusammenarbeit mit den Eigentümern, Besitzern oder Betreibern Einsatzpläne für solche Gebäude und Einrichtungen aufzustellen, die in erhöhtem Maße brand- oder explosionsgefährdet sind oder von denen bei Ausbruch eines Brandes oder einer Explosion oder eines anderen Schadensereignisses eine erhöhte Gefahr für Menschen und Sachwerte ausgeht.

Die Wehrführer und die Löschbezirksführer werden von ihren Vertretern unterstützt und bei ihrer Abwesenheit mit allen Rechten und Pflichten vertreten.

§ 11 Gerätewartung

1. In jedem Löschbezirk sind auf Vorschlag des Löschbezirksführers oder der Löschbezirksführerin vom Wehrführer oder von der Wehrführerin im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister oder der Oberbürgermeisterin ein Gerätewart oder eine Gerätewartin und ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin zu bestellen.
2. Zur Prüfung, Wartung und Instandsetzung von Atemschutzgeräten sind abhängig von der Organisation der Atemschutzgerätewartung auf Wehr-, bzw. Löschbezirksebene vom Wehrführer oder von der Wehrführerin im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister oder der Oberbürgermeisterin je ein Atemschutzgerätewart oder eine Atemschutzgerätewartin und ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin auf der entsprechenden Ebene zu

bestellen.

3. Wird die Prüfung, Wartung und Instandsetzung von Atemschutzgeräten zentral auf Wehrebene durchgeführt, kann die Bestellung eines Atemschutzgeräthewartes oder einer Atemschutzgeräthewartin und eines Stellvertreters oder einer Stellvertreterin auf Löschbezirksebene entfallen. Das Überwachen, Lagern und Verwalten von Atemschutzgeräten obliegt dann dem Geräthewart oder der Geräthewartin im Löschbezirk.
4. Für die Organisation der Geräthewartung und der Atemschutzgeräthewartung sowie die Tätigkeit der Geräthewarte und der Geräthewartinnen und der Atemschutzgeräthewarte und Atemschutzgeräthewartinnen in der Stadt erlässt der Wehrführer oder die Wehrführerin im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister oder der Oberbürgermeisterin eine besondere Dienstanweisung, in der die Struktur, die Aufgabenverteilung und die Verantwortlichkeiten festzulegen sind.
5. Der Geräthewart oder die Geräthewartin und der Atemschutzgeräthewart oder die Atemschutzgeräthewartin haben die erfolgreiche Teilnahme der nach Feuerwehr-Dienstvorschrift (FwDV) erforderlichen Lehrgänge nachzuweisen. Erfordert die Prüfung, Wartung und Instandsetzung von feuerwehrtechnischen Geräten und Atemschutzgeräten besondere Sachkunde, ist die erforderliche Eignung durch entsprechende Sachkundelehrgänge nachzuweisen.

§ 12

Feuerwehrversammlung

1. Unter dem Vorsitz des Löschbezirksführers findet jährlich mindestens eine ordentliche Versammlung im Löschbezirk statt, der wichtige Feuerwehrangelegenheiten, soweit für deren Behandlung nicht andere Organe zuständig sind, zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen sind. Bei der ersten Versammlung nach Beginn eines neuen Rechnungsjahres hat der Löschbezirksführer einen Bericht über das abgelaufene Jahr und der Kassenführer einen Kassenbericht zu erstatten. Die Versammlung beschließt über die Entlastung des Kassenführers.
2. Die Versammlung wählt den Kassenführer, die Kassenprüfer und den Schriftführer. Die ordentliche Versammlung wird vom Löschbezirksführer einberufen. Zeitpunkt und Tagesordnung der Versammlung sind den Feuerwehrangehörigen und dem Wehrführer spätestens zehn Tage vor der Versammlung bekanntzugeben. Der Löschbezirksführer muss binnen vier Wochen eine außerordentliche Versammlung einberufen, wenn mindestens ein Drittel der aktiven Feuerwehrangehörigen dies schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt.
3. Zu wichtigen, die Aufgaben der Löschbezirke übergreifenden Feuerwehrangelegenheiten kann der Wehrführer im Einvernehmen mit dem Ober-

bürgermeister eine Versammlung mehrerer Löschbezirke oder der gesamten Feuerwehr einberufen.

4. Stimmberechtigt in der Versammlung sind die aktiven Feuerwehrangehörigen, sofern sie der Feuerwehr mindestens drei Monate angehören. Die Zeit in der Jugendfeuerwehr wird dabei angerechnet. Für die Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung der Versammlung gelten die Vorschriften des Kommunal-selbstverwaltungsgesetzes entsprechend.

§ 13 Schriftführung

1. In jedem Löschbezirk sind von der Feuerwehrversammlung ein Schriftführer oder eine Schriftführerin und ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin für die Dauer von drei Jahren zu wählen. Für die Wahlen gilt § 46 KSVG entsprechend. Für das Amt des Schriftführers ist auch ein Mitglied der Altersabteilung wählbar.
2. Der Schriftführer oder die Schriftführerin hat über die Feuerwehrversammlungen und die Hauptversammlungen jeweils eine Niederschrift zu fertigen und, mit Ausnahme der Einsatzberichte, die schriftlichen Arbeiten zu erledigen, die im Löschbezirk anfallen.

§ 14 Feuerwehrkasse

1. Der Löschbezirk richtet eine Feuerwehrkasse ein, der die Zuwendungen der Stadt sowie anderer Förderer zur Pflege des Gemeinschaftsgedankens zufließen.
2. In jedem Löschbezirk sind von der Feuerwehrversammlung für die Dauer von drei Jahren ein Kassenführer oder eine Kassenführerin und für jedes Rechnungsjahr zwei Kassenprüfer oder Kassenprüferinnen zu wählen. Für die Wahlen gilt § 46 KSVG entsprechend. § 13 Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.
3. Der Kassenführer oder die Kassenführerin hat die Feuerwehrkasse zu verwalten und über die Kassengeschäfte Buch zu führen. Zahlungen darf er oder sie nur aufgrund von Auszahlungsanordnungen des Löschbezirksführers oder der Löschbezirksführerin leisten.
4. Die Kassenprüfer und Kassenprüferinnen haben die Feuerwehrkasse jährlich mindestens einmal zu prüfen.

Abschnitt 2 Rechte und Pflichten

§ 15

Rechte und Pflichten der Feuerwehrangehörigen

1. Die aktiven Angehörigen der Feuerwehr haben die ihnen übertragenen Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen. Sie haben an Einsätzen und den festgelegten Übungen und Ausbildungsveranstaltungen teilzunehmen und die Weisungen ihrer Vorgesetzten im Rahmen der Aufgaben der Feuerwehr zu befolgen. Sie haben mit den eingesetzten Fahrzeugen, Maschinen und Geräten sowie ihrer Dienst- und Schutzkleidung pfleglich umzugehen. Sie sind verpflichtet, das Ansehen und die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr nach innen und außen nicht zu schädigen und durch kameradschaftliches Verhalten zur Leistung der Feuerwehr beizutragen.
2. Die aktiven Angehörigen der Feuerwehr haben ihre Abwesenheit, sofern sie mehr als zwei Wochen beträgt, dem Löschbezirksführer oder der Löschbezirksführerin anzuzeigen.
3. Die aktiven Angehörigen der Feuerwehr dürfen nur Einsatzdienst leisten, wenn sie hierzu geistig und körperlich in der Lage sind. Sie sind verpflichtet, dem Löschbezirksführer oder der Löschbezirksführerin eine Dienstunfähigkeit und deren voraussichtliche Dauer mitzuteilen. Auf Aufforderung der Stadt haben sie sich einer ärztlichen Untersuchung zur Feststellung ihrer Dienstfähigkeit zu unterziehen. Werdende Mütter haben dem Löschbezirksführer oder der Löschbezirksführerin die Schwangerschaft mitzuteilen, sobald ihnen der Zustand bekannt ist.
4. Die aktiven Angehörigen der Feuerwehr und der Jugendfeuerwehr haben Anspruch auf kostenfreie Gestellung der Feuerwehr-Dienstkleidung und der persönlichen Schutzausrüstung gemäß den geltenden Vorschriften.
5. Die aktiven Angehörigen der Feuerwehr und der Jugendfeuerwehr sind über die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften für die Feuerwehren beim Eintritt und danach mindestens einmal jährlich zu belehren. Sie haben sich durch Unterschrift zur Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften zu verpflichten.
6. Im Feuerwehrdienst erlittene Unfälle und Krankheiten sind unverzüglich dem Oberbürgermeister oder der Oberbürgermeisterin anzuzeigen. Die Angehörigen der Feuerwehr sind berechtigt, mit Genehmigung des Wehrführers oder der Wehrführerin bei besonderen Anlässen auch außerhalb des Dienstes die Feuerwehr-Dienstkleidung zu tragen.

§ 16 Ordnungsmaßnahmen

1. Erfüllt ein Angehöriger oder eine Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr die ihm oder ihr obliegenden Dienstpflichten nicht, kann die Wehrführung im Benehmen mit dem Träger geeignete Ordnungsmaßnahmen ergreifen. Der zuständige Löschbezirksführer oder die zuständige Löschbezirksführerin ist zuvor zu hören.

2. Geeignete Ordnungsmaßnahmen sind insbesondere:
 - a) Verweis,
 - b) Abmahnung,
 - c) Rückstufung um einen Dienstgrad,
 - d) Enthebung von der Dienststellung (auch zeitweise),
 - e) Ausschluss aus der Freiwilligen Feuerwehr.

3. Vor einer Ordnungsmaßnahme ist dem oder der Betroffenen Gelegenheit zur schriftlichen oder mündlichen Stellungnahme zu geben. Der Ausschluss erfolgt durch den Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin durch schriftlichen, mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Bescheid.

Abschnitt 3 Dienstbetrieb der Feuerwehr

§ 17 Alarm und Ausrücken

Zur Festlegung, mit welchen Einsatzmitteln (Fahrzeuge und Geräte) und mit welcher Mannschaftsstärke auf verschiedene Schadenfälle reagiert werden soll, hat der Wehrführer oder die Wehrführerin eine Alarm- und Ausrückeordnung zu erstellen und dem Oberbürgermeister oder der Oberbürgermeisterin zur Genehmigung vorzulegen. Die Alarm- und Ausrückeordnung ist auf Kreisebene mit den benachbarten Gemeinden abzustimmen und danach der Integrierten Leitstelle bekannt zu geben.

§ 18 Pflichten des Einsatzleiters oder Einsatzleiterin

1. Der Einsatzleiter oder die Einsatzleiterin hat unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Menschen und Tiere zu retten, Sachen zu bergen und die Umwelt zu schützen. Er oder sie hat darauf zu achten, dass durch die Tätigkeit der Feuerwehr kein vermeidbarer Schaden

entsteht.

2. Der Einsatzleiter oder die Einsatzleiterin hat die zuständige Feuerwehreinsatzzentrale oder Leitstelle unverzüglich über die Lage zu unterrichten und die Benachrichtigung des Wehrführers oder der Wehrführerin zu veranlassen. Er oder sie unterrichtet den Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin.
3. Die Feuerweereinheiten sind durch den Einsatzleiter oder die Einsatzleiterin an der Einsatzstelle einzuweisen. Sie erhalten von ihm oder ihr den Einsatzbefehl. Die Einsatzleitung ist kenntlich zu machen.
4. Der Einsatzleiter oder die Einsatzleiterin hat dafür Sorge zu tragen, dass sich nach Eintreffen der Feuerwehr alle zur Brandbekämpfung und Technischen Hilfe nicht unbedingt benötigten Personen von der Einsatzstelle entfernen.
5. Über den Verlauf des Einsatzes fertigt der Einsatzleiter oder die Einsatzleiterin einen Einsatzbericht und legt diesen unverzüglich dem Wehrführer oder der Wehrführerin zur Weiterleitung an den Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin vor.

§ 19

Pflichten nachrückender Kräfte

1. Die Einheitenführer und Einheitenführerinnen nachrückender Kräfte haben sich beim Einsatzleiter oder der Einsatzleiterin zu melden. Der Einsatzleiter oder die Einsatzleiterin entscheidet über die Verwendung der nachrückenden Kräfte sowie über das Einsatzende und das Abrücken der Einheiten.
2. Die Einheitenführer und Einheitenführerinnen sind dafür verantwortlich, dass alle Personen, die bei der Gefahrenabwehr eingesetzt werden, ordnungsgemäß ausgerüstet sind. Dies ist insbesondere bei dem Einsatz feuerwehrfremder Personen zu beachten.

§ 20

Aufräumarbeiten

1. Einsatzstellen sind nur soweit zu säubern und aufzuräumen, dass keine Gefahr des Einsturzes oder des Ausbruches eines neuen Brandes besteht. Weitergehende Arbeiten auf Anforderungen des Geschädigten sind gebührenpflichtig.

2. Bei Aufräumarbeiten ist auf Hinweise zur Feststellung der Entstehungsursache zu achten. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass keine Spuren verwischt oder vernichtet werden, die zur Aufklärung der Entstehungsursache dienen können.
3. Gebäudeteile dürfen nachträglich nur bei dringender Notwendigkeit und nach Maßgabe der Entscheidung der zuständigen Unteren Bauaufsichtsbehörde niedergelegt werden.

§ 21 Brandwachen

Brandwachen werden nach pflichtgemäßem Ermessen des Einsatzleiters gestellt. Werden sie auf Anforderung des Geschädigten gestellt, obwohl sie nicht erforderlich sind, ist die Gestellung gebührenpflichtig. Beginn und Ende legt der Einsatzleiter oder die Einsatzleiterin fest.

§ 22 Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft

Die Führer und die Führerinnen der eingesetzten Einheiten haben nach dem Einrücken die Einsatzbereitschaft unverzüglich wiederherstellen zu lassen und die Integrierte Leitstelle entsprechend zu informieren.

Abschnitt 4 Schlussvorschriften

§ 20 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Brandschutzsatzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Die Brandschutzsatzung der Kreisstadt Saarlouis vom 10.07.1992 tritt gleichzeitig außer Kraft.

Saarlouis, den 19.07.2018

Der Oberbürgermeister
der Kreisstadt Saarlouis

(Peter Demmer)